Notfalldienstbezirks, dem die jeweilige Zweigpraxis zugeordnet ist, teilzunehmen.

2. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist rechtmäßig. Rechtsgrundlage hierfür ist § 86a Abs. 2 Nr. 5 SGG. Danach kann die Stelle, die den Verwaltungsakt erlassen hat oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, die sofortige Vollziehung mit schriftlicher Begründung des besonderen Interesses an der sofortigen Vollziehung anordnen. Das den Sofortvollzug tragende öffentliche oder individuelle Interesse („besonderes Interesse“) muss mehr als das den Erlass des Verwaltungsaktes rechtfertigende Interesse sein, denn die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlass des Verwaltungsaktes reichen für die Begründung des Sofortvollzugs nicht aus (vgl. Frehse, in: Schnapp/Wigge [Hrsg.], Handbuch des Vertragsarztrechts, 2. Aufl. 2006, § 23, Rdnr. 103; LSG Nordrh.-Westf., Beschl. v. 24.11.2004 – L 10 B 14104 KA –). Etwas anderes mag nur dann gelten, wenn das besondere Vollzugsinteresse schon aus der Eigenart der Regelung folgt (Senat, Beschl. v. 7.9.2009 – L 11 B 6/09 KA ER – und v. 6.1.2004 – L 11 B 17/03 KA ER –). Diesen Anforderungen genügen die Darlegungen der Antragsgegnerin, wenn sie darauf hinweist, dass die aufschiebende Wirkung der Klage zu einer unübersichtlichen Lage in den einzelnen Notfalldienstbezirken führen würde.

Soweit die Antragsgegnerin mit Bescheid v. 15.5.2009, dem Bevollmächtigten der Antragsteller mittels Zustellungsurkunde am 19.5.2009 zugegangen, die sofortige Vollziehung der Notfalldienstpläne Gl. und B. für den Zeitraum 4.2.2009 bis 31.1.2010 bzw. 1.4.2009 bis 1.7.2009 angeordnet hat, ist dies allerdings teilweise fehlerhaft. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann sich naturgemäß nicht auf abgeschlossene Zeiträume in der Vergangenheit beziehen. Die Antragsteller können schon denklogisch nicht mehr verpflichtet werden, rückwirkend für abgeschlossene Zeiträume Notfalldienst zu verrichten. Insoweit hat der Senat klarstellend tenoriert, dass die sofortige Vollziehung ab dem 20.5.2009 greift.

3. Den weiteren Erwägungen des SG vermag der Senat nicht zu folgen. Zwar ist den Antragstellern mit der

Zweigpraxisgenehmigung v. 21.3.2007 der Hinweis erteilt worden, zur Teilnahme am organisierten Notfalldienst seien Ärzte mit einem Sprechstundenangebot von unter 19 Stunden nicht verpflichtet. Hieraus können die Antragsteller indes nichts zu ihren Gunsten herleiten. Die Antragsgegnerin hat ihnen zunächst Sprechstundenzeiten in einem Umfang von 21 Stunden genehmigt. Der im Bescheid gleichermaßen enthaltene Hinweis, dass Ärzte mit einem Sprechstundenangebot von unter 19 Stunden zur Teilnahme am organisierten Notfalldienst nicht verpflichtet sind, betraf die Antragsteller ersichtlich nicht. Vielmehr drängt sich aus Sicht eines verobjektivierten Empfängerhorizonts auf, dass der fragliche Passus als Textbaustein versehentlich Teil der Bescheidebegründung geworden ist. Soweit die Antragsteller sodann in Kenntnis von der 19-Stunden-Grenze einen Antrag auf Reduzierung der Sprechstundenzeiten auf 17 Stunden gestellt haben und diesem mit Bescheid v. 12.12.2007 stattgegeben wurde, ergibt sich nichts anderes. Ein Vertrauensstatbestand dahin, dass die Antragsteller auf Dauer von der Verpflichtung, am ärztlichen Notfalldienst teilzunehmen, befreit werden sollten, ist zu verneinen. Denn der insoweit maßgebliche Text im Bescheid v. 21.3.2007 war mit dem Zusatz „augenblicklich“ versehen. Er enthält damit eine zeitliche Eingrenzung, die schon deswegen jedem Vertrauen entgegensteht, über länger als „augenblicklich“ vom Notfalldienst befreit zu sein. Hieran ändert auch der Zusatz im Bescheid v. 12.12.2007, „Im übrigen verbleibt es bei dem Bescheid v. 21.3.2007“ nichts. Hierdurch wird zwar auf die 19-Stunden-Grenze Bezug genommen, indessen ist gleichermaßen der einschränkende und vertrauensschädliche Zusatz „augenblicklich“ einbezogen. Losgelöst hiervon hat die Antragsgegnerin die Antragsteller mit Schreiben v. 19.3.2008 darauf hingewiesen, dass ab dem 1.7.2008 jeder eine genehmigte Zweigpraxis betreibende Arzt neben der Teilnahme am Notfalldienst des Vertragsarztsitzes verpflichtet ist, unabhängig vom Umfang des Sprechstundenangebots mit dem Faktor 50 v. H. am organisierten Notfalldienst am Ort der Zweigpraxis teilzunehmen.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s00350-010-2715-0

Zulassungsverordnung für Vertragsärzte, Vertragszahnärzte, Medizinische Versorgungszentren, Psychotherapeuten.

Von Rolf Schallen. Verlag C.F. Müller, 7. Aufl. Heidelberg 2009, XVIII u. 749 S., geb., €64,95

Der Autor legt seinen Kommentar zu den Zulassungsverordnungen, ein Standardwerk in der Praxis, aktualisiert und erweitert in 7. Auflage vor. Eine wesentliche und für den Leser hilfreiche Neuerung ist: die Randnummern sind nunmehr nicht durchlaufend, sondern für jeden Paragraphen neu gezählt. Zahlreichen weiteren Paragraphen sind nun Gliederungen vorangestellt. Einige Vorschriften sind mit neuen Ergebnissen kommentiert. Bei § 32b beispielsweise wird die Anstellung von Ärzten differenzierter als bisher dargestellt. Die Berufsausübungsgemeinschaft (§ 33) ist

aktuell kommentiert (ohne Hinweis allerdings auf Weimer, HK-AKM, Beitrag 840).

In § 24 sind nicht nur die Gesetzesänderungen eingebaut, sondern auch die Neufassungen der Bundesmantelverträge. Für den Leser übersichtlich ist nun gegliedert nach Residenzpflicht, Präsenzpflcht, ausgelagerter Praxisstätte, Verlegung der Vertragsarztpraxis und natürlich Zweigpraxis. In seiner Kommentierung zum Begriff der „Verbesserung der Versorgung“ nach § 24 Abs. 2 Ärzte-ZV wird sich Schallen bestätigt sehen durch die Entscheidung des BSG vom 26.10.2009 – B 6 Ka 42/08 R –. Anders als Schallen spricht das BSG in der Entscheidung allerdings einem Vertragsarzt kein Anfechtungsrecht gegen eine Zweigpraxisgenehmigung in seinem Umfeld zu. Übersichtlich und zutreffend ist auch die Kommentierung zu § 19a (Voll- und Teilzulassungen).

Schallen verfolgt mit seiner 7. Auflage sein bisheriges Konzept weiter: aktuell und schnell informieren. Er geht allerdings nur selten auf das Konkurrenzwerk von Bäune/Meschke/Rothfuß ein (die ihn aber in der Regel zitieren). In den Folgeauflagen wird dies sicherlich berücksichtigt werden.

Gesamtbewertung: Weiterhin ein für die Praxis bei Richtern, Rechtsanwälten, Juristen, bei K(Z)Ven und Krankenkassen etc. wichtiges Werk, das schnell Antworten zu den meisten Praxisfragen liefert.